

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reflektoren 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Hoffe, Dörmann & Böhler, G. E. Damm,
Invalidenbank, Berlin. Bernh. Arndt, Mag. Gerstmann,
Gierlich & Thienens, Greifswald G. Jülich, Halle a. S.
Joh. Baur & Co., Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Wittenberg. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Giesler, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Richtergehälter und Gerichtsaffessoren.

Berlin, 18. März.

Der gestrige Tag war freigegeben worden, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, den Gesetzentwurf über die Regelung der Richtergehälter, der auf die Tagesordnung von Donnerstag gesetzt worden, durchzutauschen. Ueber das Ergebnis dieser Beratungen verläutet im Wesentlichen Folgendes: Was die grundsätzliche Behandlung der Vorlage betrifft, so scheint sich eine Mehrheit dafür zu ergeben, die Vorlage nicht der Justizkommission, auch nicht der Budgetkommission, sondern einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. Eine große Mehrheit des Hauses ist der Ansicht, daß die Regelung der gerichtlichen Gehälter auf einer gefundenen Grundlage beruhe. Den Streitpunkt in den Fraktionen — und dieser Vorgang wird sich auch im Plenum wiederholen — bildeten die Bestimmungen über die Ernennung der Gerichtsaffessoren. Man war zwar der Ansicht, daß der jetzige Zustand durch die Zahl und Qualität der Gerichtsaffessoren ein unzulässiger sei, hatte aber in der Mehrheit der Fraktionen gegenüber dem § 8 der Vorlage, der dem Justizminister eine große Gewalt verleiht, erhebliche Bedenken. Auf vielen Seiten befürchtete man in Zukunft tendenziöse Anstellungen und in Zeiten politischer Erregung die Förderung des Strebertums. So wurde auch darauf hingewiesen, daß die Trennung zwischen Richterstand und Anwaltschaft durch die Vorlage sich noch mehr erweitern und daß die Rechtsanwaltschaft noch mehr heruntergedrückt werde. Der Zusammenhang des § 8 über die Ernennung der Gerichtsaffessoren mit den Bestimmungen über die Regelung der Richtergehälter wurde als ein nicht notwendiger bezeichnet, auch gegenüber der ausdrücklichen Erklärung der Vorlage: „Die Befugnis, eine Beschränkung des Anwärterkreises durch Auswahl geeigneter Kandidaten einzutreten zu lassen, ist die unerlässliche Voraussetzung für die Durchführung der Alterszulagen.“ Man hält vielfach die Regelung der Alterszulagen auch ohne die Regelung der Stellung der Gerichtsaffessoren für möglich. Praktische Gegenwärtige zur Debatte der bestehenden Mißstände sind gegenüber dem § 8 der Vorlage bis jetzt nicht gemacht worden. Die Gegner des § 8 schlagen vor, es beim bestehenden Rechtszustand zu belassen. Vielfach wird der Wunsch geäußert, im § 1 auch die Gehälter der Staatsanwaltschaft mitzuordnen. Dann wünscht man auch das Dienstalter und das Beförderungsdienstalter (§ 2) für die Zukunft einheitlich zu gestalten. Es für die Zukunft einheitlich zu gestalten, daß der Vorsteher einer Kammer geringeres Gehalt bezieht als die Richter. Es wird deshalb zu erwägen sein, ob der Zeitpunkt, der für die Beförderung entscheidend ist, nicht auch für das eigentliche Dienstalter maßgebend sein soll. Viele Wünsche bezüglich der finanziellen Regelung der Richtergehälter können im Plenum kaum zur Sprache kommen, sondern werden naturgemäß am besten in der Kommission erörtert werden. Interessant ist es, sich gegenüber den Bestimmungen der Vorlage über die Gerichtsaffessoren einige Bemerkungen des Justizministers über dieselben ins Gedächtnis zurückzurufen. Der Justizminister Schönlank sagte in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Februar 1895 wörtlich: „Ich theile dem verfassungsmäßigen Standpunkt aus die Auffassung, daß das Bestehen des Gesamts eines Anspruch auf Anstellung im Staatsdienst nicht gewährt und daß das Staatshöchste, das dem König verfassungsmäßig die Anstellung der Beamten vorbehält, nicht durch irgend welche Ausführgesetze in seiner Wirkung beschränkt worden ist. Aber wenn ich mich vor die praktische Ausführung des Gesetzes stelle, daß ein Anspruch auf Anstellung nicht besteht, dann möchte ich doch dringend bitten, daß dann gewisse Grundzüge und Richtschnüre aufgestellt werden, die für die Justizverwaltung in diesem Punkte maßgebend sein sollen. Wenn das nicht der Fall ist, dann würde ich die Stellung des Justizministers für eine der unbedenklichsten halten, die es überhaupt giebt, denn gegen ihn allein würden sich die Vorwürfe richten, wenn mit Recht oder mit Unrecht zurückgelegte Personen eine Verwendung finden, und er allein würde in die Lage kommen, solche Zurückweisungen auszusprechen zu müssen. Die Justizverwaltung wäre es allein, die vor der verantwortungsvollen Aufgabe stände, bei der zahlreiche Fehlgriffe unvermeidlich sein würden.“ Nach seinen eigenen Worten wird also der Justizminister nichts dagegen haben können, wenn die Kommission über die Ernennung der Gerichtsaffessoren gewisse Grundzüge und Richtschnüre aufstellt, denn ohne solche Grundzüge hat die Vorlage wenig Aussicht, durchzugehen. Öffentlich gelingt es der Kommission, einen praktischen Ausweg zu finden.

Am 16. d. M. tagte in Köln eine von kölnischen Landrath und Amtsrathen aus dem Reichstag bestehende Kommission zur Beratung des Gesetzesentwurfes über die Regelung der Richtergehälter und die Ernennung der Gerichtsaffessoren. Die Verhandlung war nach lebhafter Erörterung einhellig der Ansicht, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Richter nur das bisherige richterliche Dienstalter als Gerichtsaffessor die Grundlage für eine Neuordnung der Richtergehälter bilden könne. Dabei wurde hervorgehoben, daß die beschriebene Einführung eines erst mit der etatsmäßigen Anstellung verbundenen Beförderungsdienstalters auch vom Standpunkte des Entwurfs aus einer inneren Verbindung infolge entbehre, als derselbe für die Zukunft eine verlässliche Verminderung der Zahl der Gerichtsaffessoren erstrebe, daß späterhin die Ernennung als Gerichtsaffessor mit der etatsmäßigen Anstellung nahezu zusammenfallen würde. Ferner wurde die Bestimmung des § 9 des Entwurfs, wonach die bisherige Dienstalters maßgebende Grundlage nur durch Gesetz abgeändert werden können, aufgehoben werden soll, alleseitig bemängelt und es für notwendig erachtet, in das Gesetz die ausdrückliche Bestimmung aufzunehmen, daß auch fernherhin eine Aenderung der Richtergehälter nur auf dem Wege des Gesetzes erfolgen könne. Ganz ent-

schieden und ohne Unterschied der Parteirichtung sprach sich endlich die Versammlung gegen die für die Zukunft beabsichtigte Auswahl der Affessoren durch die Justizverwaltung aus. Man ging hierbei von der Befürchtung aus, daß auch bei einer völlig sachgemäßen und vorurtheilsfreien Handhabung dieser Befugnis sich dennoch in der Bevölkerung die Ueberzeugung festsetzen dürfte, daß die Auswahl der Affessoren nach einseitigen Gesichtspunkten vorgenommen werde, daß aber damit das für eine geordnete Rechtspflege unerlässliche Vertrauen der Bevölkerung zum Richterstand eine schwere Erschütterung erleiden könnte. Auch vermochte die Versammlung einen notwendigen Zusammenhang zwischen dieser Frage und der Neuordnung der Richtergehälter nicht anzuerkennen.

Deutschland.

Berlin, 19. März. Wie die „Ag. Stef.“ meldet, wird Kaiser Wilhelm am 24. d. Mts. infognito in Genua ankommen und sich dort an Bord der „Hohenzollern“ einschiffen. Von Genua aus wird die „Hohenzollern“ Neapel und mehrere andere Häfen Italiens anlaufen. Es steht fest, daß der Kaiser und Königin Humbert eine Begegnung haben werden; über den Tag und die Einzelheiten dieser Zusammenkunft ist noch nichts endgültig festgelegt.

Wie aus London gemeldet wird, hat der Kaiser für die August-Regatta in Cowes einen großen Pokal als Preis gestiftet.

Zu den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau werden die Kommandeure aller Regimenter, Bataillone und Artilleriebrigaden, deren Chef der Zar ist, befohlen werden. Das Truppenbedeckung ist für die Krönungsfeierlichkeiten mit 50 000 Mann stark sein. Es sollen 82½ Bataillone Infanterie, 36 Eskadronen Kavallerie, 7 Sotnien Kosaken und 14 Batterien nach Moskau beordert werden. Das Oberkommando über diese Truppen ist dem Obersten des Jägers, dem Großfürsten Vladimir Alexandrowitsch, übertragen worden. Die ständige Moskauer Garnison wird im Chodimir Lager bei Moskau konzentriert werden.

Bei etwa 50 000 Personen sind nach ungefährender Schätzung gestern die Gräber der Märzgefallenen besucht worden. Um 5 Uhr Abends wurde, wie immer, der Friedhof geschlossen, und das Publikum verließ sich in der größten Ruhe sehr bald. Der ganze Tag ist so ruhig verlaufen wie noch keiner seiner Vorgänger.

Der zum Generalkonsul ernannte Konsul in Sofia Dr. von Bogt-Mohr hat am 18. d. Mts. in Sofia seinen Dienst aufgenommen. Er ist im Oktober 1889 beim 3. Garde-Regiment zu Fuß Offizier geworden und hat sich im Kriege gegen Frankreich das Eisenerz-Kreuz erworben. 1877 rüdte er zum Premierlieutenant auf und wurde 1881 zum Stabskapitän a. la suite des Regiments zum Adjutanten beim Gouverneur von Berlin ernannt. Nachdem er am 29. August 1883 zum Hauptmann befördert war, ließ er sich am 1. November desselben Jahres zum Auswärtigen Amt kommandieren und fand als Vizekonsul in Odessa Verwendung. Am 14. April 1885 schied er endgültig aus dem Militärdienst aus und trat in den Dienst des Auswärtigen Amtes über. 1887 wurde er Vizekonsul in Nizza und 1889 Konsul in Valparaiso, und seit 1892 verwaltete er interimistisch das Generalkonsulat für Bulgarien.

In der Kommission des Abgeordnetenhauses für das Lehrerbeförderungsgesetz wurde gestern Vormittag die zweite Lesung der Vorlage beendet. Zunächst wurde der in erster Lesung eingefügte § 20a diskutiert, welcher den Lehrern eine Vergütung für Theilnahme an Konferenzen aus der Staatskasse bewilligt. Der Finanzminister will diese Vergütung nur für den Besuch von Kreis- und Seminarkonferenzen zugestehen und weist auf die Streichung des ganzen Paragraphen und Fassung einer entsprechenden Resolution anheim. § 20a wird darauf gestrichen. Sodann wird die Vorlage des § 25 (Staatsdotations) fortgesetzt. In Nr. II wird der Beschluß erster Lesung (nach Antrag Windler) aufgehoben und die Regierungsvorlage wiederhergestellt (Staatsbeitrag bis zur Höchstzahl von 25 Schülern für jede politische Gemeinde). Diesem Beschluß entsprechend wird auch für Nr. IV die Regierungsvorlage wiederhergestellt mit der Modifikation, daß der Besoldungsbeitrag des Staates zu den Lehrstellen von 267 auf 270 Mark erhöht wird. Von den beiden konservativen Parteien und dem Zentrum wird jedoch die Einfügung folgender Nummer VI beantragt: „Für diejenigen politischen Gemeinden, in welchen durch die Bestimmung in II eine erhebliche Erhöhung der Schulaffären eintritt, wird ein Beitrag von jährlich 125 000 Mark zu festen Staatszuschüssen verwendet. Die Festsetzung des Staatszuschusses für die einzelnen Gemeinden erfolgt durch königliche Verordnung. Bei der Gewährung und Berechnung des Staatszuschusses ist die Steuerkraft der Gemeindeglieder und das Verhältnis der Steuerkraft zu den Schul- und kommunalen Kosten der Gemeindeglieder zu berücksichtigen.“ Der Antrag wird mit einem konservativen Unterantrag, hinter „Gemeinden“ einzufügen: „oder beteiligten Schulverbänden“ gegen die Stimmen der Nationalliberalen und des freisinnigen Mitgliedes, und mit demselben Stimmenverhältnis der ganze § 25 angenommen. Bei § 26 wird Absatz 1 nach einem konservativen Antrag wie folgt gefaßt: „Die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes definitiv angestellten Lehrer sind über die für ihre Stellen neu getroffenen Bestimmungen und Beförderungsvorgänge zur Erklärung darüber aufzufordern, ob sie sich diesen unterwerfen oder bei der bisherigen Ordnung verbleiben wollen.“ Der Rest des Gesetzes gelangt gegen die Stimmen der Nationalliberalen und des freisinnigen zur Annahme, ebenso eine von konservativer Seite beantragte Resolution: „Die königliche Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage baldmöglichst ein auf konfessioneller und christlicher Grundlage beruhendes Volksschulgesetz vorzulegen.“ Eine andere Resolution des Inhalts, daß in den nächsten Etat die erforderlichen Mittel eingestellt werden, um den an öffentlichen Volksschulen angestellten Lehrern und Lehrerinnen bei den im Auftrage der Schulaufsichtsbehörde oder auf deren Verfügung ausgeführten Reisen zu Kreis- und Seminarkonferenzen eine ange-

messene Vergütung zu gewähren, wird einstimmig angenommen. — Bei der Schlussabstimmung wird das ganze Gesetz mit 16 gegen 5 (nationalliberale und freisinnige) Stimmen angenommen.

Die Kommission des Reichstages zur Vorberatung der Anträge der Freisinnigen und Sozialdemokraten über die Ergänzung des Vereins- und Versammlungsrechtes beschloß den Ausschluß von Minderjährigen von dem Besuch der Vereine und Versammlungen, ferner den politischen Vereinen zu gestatten, unter einander in Verbindung zu treten. Versammlungen unter freiem Himmel sollen nicht von der Genehmigung der Polizeibehörde abhängen. Es ist nur eine Anzeige 48 Stunden vor Abhaltung nötig, damit Anordnungen im Interesse des Verkehrs getroffen werden können.

Die mehrfach angekündigte Denkschrift über die Durchführung des kommunalabgabengesetzes, auf Grund deren erst mit Nutzen an die Verhütung der zahlreichen Petitionen wegen allzu starker Heranziehung des Grundbesitzes zu den kommunalen Lasten wird gegangen werden können, ist im Finanzministerium ausgearbeitet. Sobald sie die Zustimmung des Ministers des Innern erhalten hat, wo zu wahrscheinlich nicht allzulange Zeit nötig sein dürfte, soll ihre Vorlegung an den Landtag erfolgen. Derselben wird daher in Kürze entgegenzusehen sein.

An der Konferenz zur Revision des Völker internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahn-Frachtverkehr, die gegenwärtig in Paris abgehalten wird, nehmen als Vertreter des deutschen Reiches Theil: die Geheimen Ober-Regierungsräthe Dr. Gerner vom Reichs-Eisenbahn-Amt, Dr. von der Leyen vom königlich preuß. Ministerium der öffentlichen Arbeiten und Dr. Hoffmann vom Reichs-Justizamt, sowie der Generaldirektionsrath Frauendorfer, Mitglied der Generaldirektion der königlich bayerischen Staats-Eisenbahnen. Die Eröffnung der Verhandlungen hat am 16. d. Mts. unter dem Vorsitz des Ministers der öffentlichen Arbeiten Gupat-Desigaigne stattgefunden.

Das neue amtliche Waarenverzeichnis zum Zolltarif ist noch nicht ein Vierteljahr in Geltung und schon wieder tauchen die Wünsche auf Errichtung eines Reichs-Zolltariffamtes oder eines Reichsgerichtshofes für Zollstreitigkeiten auf. Diese Wünsche sind nun schon seit dem Beginn der achtziger Jahre wiederholt worden. Obwohl nicht verkannt werden kann, daß die Errichtung von Zollstreitigkeiten und die Auslegung von Bestimmungen des Zolltarifs gegenwärtig Mängel aufweisen, deren Beseitigung wohl angebracht wäre, so muß doch immer wieder hervorgehoben werden, daß wenn die Verände auf Abstellung der Mängel nicht den Erfolg in obigem Sinne gehabt haben, bisher unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege gestanden haben. Alle Welt weiß, worin die letzteren bestehen. Die Kompe-

tenzen, welche die Einzelstaaten auf dem Gebiete der Zollverwaltung haben, stehen einer Regelung von Reichs wegen, wie sie im Zolltariffamt u. s. w. gewünscht wird, entgegen. Wenn solche Schwierigkeiten vorhanden sind, so ist es doch am zweckmäßigsten, einen anderen Weg zu suchen, auf welchem, wenn auch nicht der ganze, so doch wenigstens ein theilweiser Erfolg erzielt werden kann. Und dieser Weg ist von der betreffenden Reichsverwaltung eingeschlagen worden. Ein Theil der Zollstreitigkeiten entsteht daraus, daß das amtliche Waarenverzeichnis bisher nicht gleichen Schritt mit der Entwicklung der Technik und des Verkehrs gehalten hat. Das soll in Zukunft anders werden. Nachdem das neue Verzeichnis am 1. Januar in Kraft gesetzt ist, soll von Zeit zu Zeit eine Revision desselben vorgenommen werden, bei welcher die berechtigten Ansprüche auf Aenderung Berücksichtigung erfahren sollen. Eine erste Revision ist schon vorzunehmen, wobei doch wohl etwas vertriehen ist, jedoch sie wird zur geeigneten Zeit schon erfolgen. Für die interessirten Kreise aber würde es wohl angelegener sein, statt sich in Wünschen zu ergehen, die doch nicht auf Berücksichtigung rechnen können, mit ihren Ansprüchen auf Aenderung des Waarenzeichnisses an das Reichsamt heranzugehen und dieselben möglichst ausführlich zu begründen. Auf diesem Wege dürfte mehr erreicht werden, als auf dem der Aufstellung unerfüllbarer Wünsche.

Zu dem gestern von uns veröffentlichten Briefe des Dr. Peters an den Vorsitz der englischen Missionen in Magila wollen wir noch bemerken, daß Magila die Pauptstation der University Mission Society ist, deren Vorsitzender der Bischof Smithie ist, welcher auch die Denunziation der englischen Fabel an den Gouverneur v. Soden vorgenommen hatte. Der Peters' Brief war entweder an Smithie selbst oder seinen Vertreter in Magila gerichtet. Bischof Soder steht an der Spitze der Church Missionary Society, welcher unter anderem die Station Moschi gehört. Er scheint auf einer Infektionsreise gegen den 8. Februar 1892, also etwa acht Tage nach dem Abmarsch von Dr. Peters und Herrn v. Wichmann, in Moschi eingetroffen zu sein.

Mit der englischen Mission in Moschi standen die deutschen Herren der Klimamission, welche etwa 7 Marschstunden davon entlegen war, in gar keinen gesellschaftlichen Beziehungen, da die beiden Missionäre Bagter und Stegall schon im November 1891 vom englischen Kommandanten in Taveta, Lieutenant Hamilton, der Einschmuggelung von Waffen für die rebellischen Elemente am Klimamission offiziell bei Dr. Peters verlag worden waren.

Damals waren die Verhandlungen um die Abgrenzung des Klimamissiongebietes im Gange, und die Engländer setzten jede nur mögliche Intrigue in Scene, und dieses herrliche Vergnügen soll für sich zu gewinnen. Wegen solcher redbeligen Intrigue wurden hernach die englischen Missionäre Bagter und Stegall aus dem Klimamission-Gebiete ausgewiesen. Besonders kam es den Engländern darauf an, Dr. Karl Peters, den man englischer Seite als den energischsten Vorkämpfer der deutschen Interessen kannte, als Grenzkommissar zu entfernen. Aus diesem Grunde wurde im April 1892 jene verwerfliche Fabel über seine Antisthätigkeit am Klimamission von englischer Seite erfunden.

Odenburg i. Gr., 18. März. Der Verbandsvorstand der odenburgischen Gewerbe- und Handelsvereine hat an den Vertreter Odenburgs im Reichstage eine Eingabe gerichtet, bei der Abstimmung im Plenum dem Margarinegesetz-entwurf in der vorgelegten Fassung seine Zustimmung zu versagen.

Es wird bestimmt angenommen, daß die mehr und mehr um sich greifende Maul- und Klauenseuche in Ostfriesland durch aus Holland eingeschmuggeltes Rindvieh nach dort verschleppt worden ist. Der Schmuggel ist namentlich im Emsland seit einiger Zeit stark betrieben worden, und leider greift auch hier die Seuche weiter um sich.

Koburg, 18. März. Der Landtagsausschuß empfiehlt dem Anfang April zusammentretenden Speziallandtag, den Herzog Alfred um Aufhebung der Ministerialfunktion zu ersuchen, durch welche der Verfassungskonflikt mit dem Minister Streng entstanden ist.

Niederlande.

Amsterdam, 17. März. Die Bewegung für die Wiedereinführung der im Jahre 1870 abgeschafften Todesstrafe nimmt immer größeren Umfang an. Freilich geht die Bewegung hauptsächlich vom ultramontanen und orthodoxen Lager aus, doch ist nicht zu leugnen, daß auch viele Liberale es nicht ungern sehen würden, wenn die Bewegung Erfolg hätte. Daran ist aber vor der Hand gar nicht zu denken, denn nicht nur sind alle Juristen, soweit sie nicht den beiden genannten Parteien angehören, entschiedene Gegner der Todesstrafe, sondern bei der Regierung würde ein derartiger Antrag auf den entschiedensten Widerpruch stoßen. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß der abschreckende Charakter der Todesstrafe, den man in den Vordergrund stellt, durch die zahllosen Morde in den Ländern, wo der Henker noch ein Element der Strafrechts-pflege bildet, seiner Beweiskraft entleert wird. Ein anderer Feldzug und zwar gegen die obligatorische Zivilehe, wird, zunächst von ultramontaner Seite, ebenfalls wieder eröffnet werden, und die Vermuthung liegt sehr nahe, daß die gleichzeitigen Vorgänge auf demselben Gebiet in Deutschland damit im inneren Zusammenhang stehen. Schon vor einem Jahr las man im „Maasbood“ eine Reihe von Artikeln, in denen die gleiche Forderung gestellt wurde, doch muß hier hervorgehoben werden, daß die antirevolutionäre Partei sich an dieser Bewegung noch nicht betheiligt hat und auch nicht betheiligen wird. Selbstverständlich wird es bei akademischen Beweisführungen sein Bewenden haben.

Mit großer Befriedigung ist es hier aufgenommen worden, daß die indische Regierung umfassende Maßnahmen getroffen hat, um der nothleidenden und von periodischer Hungersnoth heimgejagten Bevölkerung von Lombok aufzuhelfen. Auf den Vorschlag des niederländischen Residenten hat die Regierung 2400 Stüd Büffel angekauft, um sie den Saffas als Zugvieh bei der Bestellung der Reisfelder zu überlassen; die Abzahlung geschieht dann allmählich durch Eintreibung eines geringen Bestandtheils der Reisernte; ebenso hat die Regierung 4000 Spaten nach Lombok geschickt, die ebenfalls unter die nothleidende Bevölkerung vertheilt werden sind.

Belgien.

Brüssel, 18. März. Die künftige Streikbewegung nimmt einen bedrohlichen Umfang an. 6000 Vergeltete feiern. In 7 Vergelteten gingen sie gewaltthätig vor und überfielen Nachts die Wohnung des Aufsehers, in Marihuage mißhandelten sie denselben. 500 Streikende zogen drohend vor das Rathaus von Seraing und forderten Geld.

Franreich.

Paris, 18. März. General Saussier ist durch Dekret vom 17. d. Mts. für weitere drei Jahre in seinem Amt als Militär-Gouverneur von Paris belassen worden.

Die Verhandlungen in dem Betrugsprozeß Rebaudy wurden heute ohne Zwischenfall beendet. Das Urtheil wird am Montag verkündet werden.

Toulon, 18. März. Entgegen der Nachricht des „Figaro“ hat das Levanter-Geschwader noch keine neue Bestimmung erhalten.

Italien.

Rom, 18. März. Die heutige Kammer-sitzung verlief sehr unruhig. Crispi er schien, um die Politik des gefallenen Kabinetts zu verteidigen, die Reiche kam aber nicht an ihn. Bovio desavouirte unter dem Beifall der Opposition die gestrige Beauptung Casalottis, die ganze äußerste Linke werde das Kabinet unterstützen. Bovio erklärte dagegen, die Demokratie könne nicht das konservative Kabinet unterstützen. Ferri erklärte im Namen der Sozialisten, die Partei werde auch das jetzige Kabinet bekämpfen; er forderte volle Annahme für alle politischen Verurtheilten und erweckte allgemeinen Beifall, indem er mit wenig Achtung von der Armee sprach. Als er erklärte, die sozialistische Partei sei durch- aus antimonarchisch, verbot ihm der Präsident weiter zu sprechen. Am Schlusse der Sitzung stellten Cangallo, Zoaldi und andere Deputirte den Antrag, dem englischen und dem rumänischen Parlamente den Gruß des Hauses zu entbieten. Ministerpräsident di Rudini erklärte darauf, daß er sich zum Dolmetsch der Gefühle der Kammer gegenüber der englischen und rumänischen Regierung machen werde. (Lebhafter Beifall.) Imbricario bemerkt, daß er mit dem Gruß an die beiden Parlamente einverstanden sei (Beifall), aber in demselben einen einfachen Höflichkeitsakt erblicke. (Große Unruhe.) Cangallo betont, daß die Sympathiebeziehungen der Parlamente Englands und Rumaniens für Italien durch eine ihrer Bedeutung würdige Erweiterung an die beiden ehlen Nationen gelehrt werden müßten. (Lang anhaltender Beifall des Hauses, einzelne Protest-rufe auf der äußersten Linken.)

Dänemark.

Kopenhagen, 18. März. Die Vermählung der ältesten Tochter des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Dänemark, Prinzessin Luise, mit dem Prinzen Friedrich zu Schaumburg-Lippe wird am 5. Mai in Schloß Amalienborg stattfinden. Der König und die Königin von Württemberg werden voraussichtlich der Feier beizuwohnen.

Russland.

Petersburg, 18. März. Generaladjutant, General der Infanterie von Werder, gebent am 20. d. Mts. nach Deutschland abzureisen.

Petersburg, 18. März.

Der Präsident der kaiserlichen Gesellschaft vom Nothen Kreuz, General Kaufmann, hatte eine Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen, Fürst Lobanow, über die Frage der Expedition einiger Abtheilungen der russischen Gesellschaft vom Nothen Kreuz nach Afrika. Angehts des Verannahens der Regenperiode war beabsichtigt, die beiden für die Italiener und für die Abessinier bestimmten Abtheilungen den Weg durch das italienische Gebiet nach Massowah nehmen zu lassen. Auf dem Wege über Dool würde die für die Abessinier bestimmte Abtheilung das abessinische Lager nicht zur rechten Zeit erreichen. Der Minister des Auswärtigen beschloß, mit der italienischen Regierung Unterhandlungen anzuknüpfen, um den Durchzug durch Massowah nach Abessinien zu erbitten. Zwei Abtheilungen werden unter dem Befehl des Generals Schwadow stehen und 10 Aerzte und Wundärzte, 20 harnberzige Schweißrute und 50 Sanitätsgehilfen enthalten. Der Präsident der Gesellschaft vom Nothen Kreuz erhielt bereits telegraphisch die Bestätigung des Beitritts Abessiniens zur Genfer Konvention. Die Zusammenstellung der Abtheilungen beginnt bereits unter der Leitung des Artillerie-Hauptmanns Zwiaguin. Dieselben werden am 7. April bereit sein. Zwiaguin, welcher im vorigen Jahre mit Leonoff in Abessinien gewesen war, hat es abgelehnt, die Abtheilungen zu begleiten.

Petersburg, 17. März. Unter dem Vorsitz des Generals Tschernajew und unter Theilnahme des serbischen Gesandten Milailowitsch, der Spigen der russischen Gesellschaft mit dem Vater Johann von Kronstadt an der Spitze und zahlreicher Mitglieder der slavischen Gesellschaft fand heute ein Festessen zu Ehren des Generals Komarow statt. Während der Tafel hielt General Tschernajew eine Rede, in der er auf die außerordentliche Bedeutung der letzten Ereignisse in Bulgarien und ihre Tragweite für die Orthodogie und den Slawismus hinwies. Es wurden Trinksprüche ausgebracht auf den Kaiser, den König Alexander von Serbien, den Fürsten Ferdinand von Bulgarien und den Fürsten von Montenegro. General Komarow sprach über die Bedeutung der Orthodogie in der slavischen Welt.

Rugland wird 9 Konsuln und Vizekonsuln nach Bulgarien entsenden und in erster Reihe Konsuln in Sofia, Philippopol, Ruschik, Borna, Widin und Burgas ernennen. Die Geldmittel hierzu sind bereits angewiesen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. März. Die stetig sich wiederholenden Klagen und dringlichen Vorstellungen der Fischerei-Interessenten haben ergeben, daß die bisherigen Bestrebungen zur Verminderung der Fischerei keinen ausreichenden Erfolg gehabt haben. Zur nachdrücklichen Bekämpfung dieses gefährlichen Fischfanges soll nunmehr auf Anordnung des Landwirtschaftsministers in allen Oberförstereien, in welchen Reisterände vorhanden sind, ein vom Forstmeister Reuter zu Siehdichum in dem diesjährigen Februar-Feste der „Zeitschrift für Forst- und Jagdwesen“ — herausgegeben von dem Oberforstmeister Dr. jur. Dandemann zu Gerswalde — empfohlenen Verfahren zur Verminderung der Fischerei schon im laufenden Jahre veruchsweise in geeigneten gefahrlosen Fällen zur Anwendung gebracht werden. Der Forstmeister Reuter empfiehlt, im Monat Mai, wenn die jungen Reisher etwa 14 Tage alt sind, die Bäume, auf denen sich Reisherhorste befinden, durch geübte, mit leichten Haken auszurüstete Kletterer besichtigen zu lassen, und die jungen Reisher mit Hölzer an den Ständen abgegründeten eisenen Netzen herunter zu stoßen. Von untenstehenden Schützen würden dann gleichzeitig die freilebenden alten Reisher abzuschießen sein. Mit Recht wird auch darauf hingewiesen, daß die Zerstörung der Reisherhorste nicht ratsam sei, weil die Reisher sich dann anderweitig ansiedeln, während sie sonst die alten Stände beibehalten. Es wird sich empfehlen, daß auch seitens der Gemeinden und Privaten, in deren Forsten Reisherhorste vorhanden sind, in gleicher Weise eine Bekämpfung der Fischerei versucht werde. Für die getödteten Reisher werden Prämien gewährt werden.

Für die am 24. d. M. hieselbst aberaumte Sitzung der Landwirtschaftskammer für Pommern ist noch folgender Gegenstand auf Wunsch des Herrn Landwirtschaftsministers zur Tagesordnung gestellt: 10. Gutachtliche Aeußerung über die Förderung der Obstbaumzucht, insbesondere Einrichtung von Obstbäumen, mit Hölzer von Staats- und Provinzialmitteln.

Nach einer im „Mar.-Ber.-Bl.“ veröffentlichten Kabinetsordre treten 1. April 1896 die bisher von den Verbidivisionen und Seebataillonen zu den Befeldungsämtern kommandirten Dekonomiehandwerker und Kammerunteroffiziere aus den Verbänden der Marinebataillone und werden den Befeldungsämtern ausschließlich unterstellt. Die Dekonomiehandwerker tragen die Uniform der Mannschaften der Verbidivisionen und auf dem Mägenbände die in Aluminium gewirkte Inschrift: „Kaiserliche Marine“, zu beiden Seiten der Inschrift die Buchstaben „B. A.“ Die Festlegung der Dienstverhältnisse dieser Mannschaften regelnden Bestimmungen bleibt dem Reichskanzler überlassen.

Die Bekämpfung eines Gastwirts wegen Ueberschreitungen der Polizeistunde oder wegen Duldens von Glücksspielen an sich gewährt nach einem Urtheil des Oberverwaltungsgerichts, III. Senat, vom 28. November 1895 keine genügende Grundlage für die Konzeptionsentziehung; vielmehr sind die der Bekämpfung zu Grunde liegenden Verfehlungen nach ihren konkreten Verhältnissen zu untersuchen, inwiefern diese die Annahme rechtfertigen, daß der Gastwirth sein Gewerbe zur Förderung der Bällerei oder des verbotenen Spiels mißbrauchen werde.

Wie wir hören, ist das Vergnügungs-etablisement „Sommerlust“ durch Kauf in den Besitz des Kaufmanns Stabahn übergegangen.

* Am Friesenale (Randerwer Molkerei) veranstaltete gestern der „Verein ehemaliger Othofhiler“ bei reger Betheiligung einer Gesellschaft, dessen geschäftl. zusammengestellten

